

## Beitrag zum 1. Mai 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 1. Mai ist ein ganz besonderer Tag im Kalender. Ein Feiertag bei dem sich aber alles um die „Arbeit“ dreht. Es ist gut, dass es so einen Tag gibt, der den Stellenwert verdeutlicht und würdigt, den Arbeit für den Einzelnen und für unsere Gesellschaft hat. Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit gegründet. Bei uns in Deutschland hat Arbeit einen besonderen Stellenwert. Arbeit ist für die meisten mehr als nur ein Job, sondern ein Beruf. Und mit einem Beruf verdient man nicht nur Geld, er stiftet Identität. Unser Wohlstand baut darauf auf, dass mit guter und harter Arbeit handfeste Werte geschaffen werden, ordentliche Produkte und Dienstleistungen. Unser Wohlstand basiert nicht auf Spekulationsblasen und Finanz-Zockereien, das hat uns die jüngste Vergangenheit gezeigt.

Es geht am 1. Mai darum, dafür zu demonstrieren, dass Arbeit einen eigenen Wert hat, und dass dieser Wert geachtet werden muss. Und dass ist es auch, was SPD und Gewerkschaften eint, auch wenn wir in einzelnen Fragen auch mal unterschiedliche Meinungen haben. Uns verbindet eine gemeinsame Vorstellung wie wir leben und arbeiten wollen.

Wir streiten für eine faire Gesellschaft, in der Arbeit geachtet wird. Denn das ist nicht mehr überall so. In vielen Bereichen ist der Arbeitsmarkt in Unordnung geraten, sind die Sitten und das Klima rauer geworden und der Druck auf den Einzelnen gewachsen. Viele Beschäftigte erfahren keine Achtung und Wertschätzung mehr für das was sie jeden Tag leisten.

Wenn man sich die Entwicklung der Löhne - als das zentrale Maß für den Wert der Arbeit - ansieht, dann wird schnell klar, dass von Fairness in vielen Bereichen nicht mehr die Rede sein kann. Es ist inzwischen nicht mehr selbstverständlich, dass man für harte, ordentliche Vollzeitarbeit am Ende des Monats auch so viel Lohn in der Tasche hat, dass man davon leben kann. Für viele heißt das leider: auch Arbeit schützt vor Armut nicht.

Jeder fünfte muss inzwischen für Armutslöhne schuften gehen. Über 5 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8 Euro die Stunde. Mindestens 1,2 Millionen arbeiten für weniger als 5 Euro. Mehr als 1,3 Millionen Menschen müssen nach ihrer Arbeit sogar gleich zum Amt gehen, um sich dort „Stütze“ abzuholen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht.

Mit solchen Zuständen muss endlich Schluss sein in Deutschland. Darum unterstützt die SPD die Forderung des DGB nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro.

Deutschland ist eines der wenigen europäischen Länder, in dem es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Schwarz-Gelb setzt auf Niedriglöhne, die durch staatliche Leistungen aufgestockt werden. Das ist keine Alternative.

Schmutzkonkurrenz über Lohndumping soll durch Steuermittel finanziert werden. Damit verabschieden sich Union und FDP vom Prinzip des fairen Wettbewerbs.

Uns kommt es darauf an, seriös arbeitende Unternehmen zu unterstützen, indem wir faire Wettbewerbsbedingungen sichern. Der anständige Arbeitgeber, der seinen Beschäftigten anständige Löhne zahlt, darf nicht der Dumme sein!

Besonders schwer haben es Alleinerziehende am Arbeitsmarkt, die ohne Partner Beruf und Familie in Einklang bringen müssen und für sich und ihre Kinder ein Existenz sicherndes Einkommen erzielen müssen. Insbesondere Alleinerziehende brauchen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bessere Rahmenbedingungen durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und durch gezielte Maßnahmen der Arbeitsförderung sowie den Zugang zu Qualifizierungsangeboten.

Dringenden Handlungsbedarf gibt es auch bei der Leiharbeit. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde 2003 mit zwei Zielsetzungen verändert. Erstens sollte Leiharbeit stärker als Instrument genutzt werden, um Überstunden abzubauen und eine Chance auf Einstieg in Arbeit zu geben. Zweitens wollten – die SPD und die Gewerkschaften – bei der Leiharbeit den Grundsatz : „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ festschreiben. Davon sollte man nur im Rahmen eines Tarifvertrages abweichen können.

Was als Stärkung der Tarifautonomie gedacht war, ist aber zunehmend zum Einfallstor für den Missbrauch der Leiharbeit geworden: Löhne werden gedrückt, Kündigungsschutz wird ausgehebelt. Da machen sich Scheingewerkschaften zum Handlanger der Lohndrückerei, indem sie Scheintarifverträge abschließen. Und das ganze nennen die dann auch noch christlich. Da wollen wir einen Riegel vorschieben.

Zugegeben, wir haben da als SPD auch erst dazu lernen müssen. Wir sind aber fest entschlossen: die Leiharbeit muss begrenzt werden. Das Prinzip vom gleichen Lohn für gleiche Arbeit muss durchgesetzt werden. Die Lohndrückerei muss da ein Ende haben.

Auch der konzerninternen Verleihung müssen wir Schranken setzen, damit nicht Stammbeschaften durch Leiharbeiter ersetzt werden. Für Unsicherheit bei vielen Beschäftigten sorgt aber auch das Ausmaß von befristeten Arbeitsverhältnissen. Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Bei Neueinstellungen ist jeder zweite Job nur noch befristet. Angesichts dieser Entwicklung setzt sich die SPD dafür ein, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Der Kündigungsschutz wird auf diese Weise immer weiter ausgehebelt. Wie sollen aber junge Menschen eine Familie gründen oder für das Alter vorsorgen, wenn ihnen langfristige berufliche Sicherheit verwehrt wird?

Das geht so nicht. Wir sind der Meinung: Die gesetzliche Probezeit ist lang genug. Wer sich bewährt hat, muss einen verlässlichen Vertrag und damit Sicherheit bekommen. Darum muss die sachgrundlose Befristung weg.

Eine zentrale Errungenschaft der Arbeitnehmer ist und bleibt die Mitbestimmung. Die Mitbestimmung gehört zu den stolzen Traditionen unseres Landes. Wir lassen hier keine Beschneidung zu. Wir wollen die Mitbestimmung erhalten und ausbauen.

Sie hat die Kooperation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen gefestigt und gehört unverändert zu den Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges Deutschlands. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen weiterhin im Sinne einer zukunftsweisenden Entwicklung der Arbeitsbeziehungen ausgebaut werden.

Sicherheit und Verlässlichkeit sind auch ein zentraler Maßstab für unseren Sozialstaat. Gerade für unser Gesundheitssystem muss das gelten.

Schwarz-Gelb hingegen will hier aber Sicherheit abbauen und Lebensrisiken privatisieren. Mit der Einführung einer Kopfpauschale soll jetzt in diesem Jahr richtig ernst gemacht werden mit der Entsolidarisierung im Gesundheitswesen. Auch wenn viele in der Regierung auf Grund des öffentlichen Drucks zurückrudern und von einem moderaten Einstieg in ein Kopfpauschalenmodell in der Krankenversicherung sprechen, so bleibt deren Ziel doch unverändert.

Geht es nach der schwarz-gelben Bundesregierung soll der Vorstandsvorsitzende zukünftig genauso viel für die Gesundheit zahlen wie seine Sekretärin. Dass die beiden unterschiedlich viel verdienen, spielt dann keine Rolle mehr. Wer sich die Pauschale nicht leisten kann, soll Stütze vom Staat bekommen. Und das werden nicht Wenige sein. Nach Berechnungen der Universität Köln würden durch eine solche Kopfpauschale bis zu 40 Millionen Bürger auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sein. Da soll ein großer Teil der Bevölkerung zu Empfängern von Transferzahlungen gemacht werden. Aber um diesen notwendigen Sozialausgleich überhaupt bezahlen zu können, müssten 35 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zugeschossen werden. Und das, während Schwarz-Gelb gleichzeitig die Steuern um rund 16 Milliarden senken will.

Das CDU-geführte Bundesfinanzministerium hat dem Bundestag im Februar mitgeteilt, dass man die Mehrwertsteuer um bis zu 4 Prozent erhöhen müsste, um die Einführung einer Kopfpauschale überhaupt finanzieren zu können. Die Alternative dazu wären massive Leistungskürzungen in der Gesundheitsversorgung. Gute Versorgung bekommen dann nur diejenigen, die genug Geld haben, um eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Eine weitere Variante wäre eine massive Anhebung der Sozialabgaben.

Weniger Beiträge für Unternehmen und Spitzenverdiener, dafür aber höhere Steuern, höhere Beiträge und weniger Leistung für Normal- und Geringverdiener.

Das ist die schwarz-gelbe Rechnung für unser Gesundheitssystem. Dreist ist dafür eine milde Beschreibung. Mehr Netto vom Brutto sieht anders aus!

Die SPD wird dagegen massiven Widerstand leisten. Als erste Maßnahme haben wir eine bundesweite Unterschriftenaktion gegen die Kopfpauschale gestartet. In kurzer Zeit haben bereits mehr als 60.000 Bürgerinnen und Bürger bei uns gegen die schwarz-gelben Gesundheits-Pläne unterschrieben.

Helft bitte alle mit, damit wir diesen Irrsinn stoppen. Wir wollen keine Gesellschaft, in der es zur Regel wird, dass Beschäftigte zum Staat gehen müssen, um sich überhaupt noch eine Gesundheitsversorgung leisten zu können.

Wir wollen stattdessen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen.

Die gegenwärtige Bundesregierung legt aber nicht nur die Axt an unserer Gesundheitswesen, auch die Kommunen sollen richtig bluten.

Die Gewerbesteuereinnahmen von Städten und Gemeinden sind bereits durch die Wirtschaftskrise durchschnittlich um 17 Prozent eingebrochen. In einzelnen Kommunen fallen bis zu 80 Prozent aus. Hinzu kommt: Durch Spenden an FDP und CSU hat sich die Hotel-Lobby eine Mehrwertsteuersenkung von der Regierung erkaufte. Durch dieses Klientel-Gesetz fehlen in den Haushalten jetzt noch weitere 1,6 Milliarden Euro.

Auch die Investitionen leiden, und das, obwohl 60 Prozent aller Investitionen in Deutschland auf kommunaler Ebene erfolgen. Die Auftragslage für das Handwerk vor Ort verdüstert sich zusehends. Das Handwerk stärken - bei dieser schwarz-gelben Regierung leider Fehlannonce.

Die Steuermindereinnahmen der Gemeinden in Rheinland-Pfalz allein durch das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ belaufen sich auf rund 70 Millionen Euro pro Jahr. Auf die Stadt Worms entfallen davon über 1,4 Millionen Euro, die nicht mehr für den Erhalt und notwendige Investitionen in den Bereichen kommunale Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Kultur, Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung stehen. Daraus resultieren Leistungseinschränkungen, der Verfall der öffentlichen Infrastruktur und eine soziale Spaltung der Gesellschaft.

Die durch die Steuerpolitik der Bundesregierung verursachten Mindereinnahmen würden auf ca. 230 Mio. Euro für die Gemeinden in Rheinland-Pfalz ansteigen, falls alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden. Rund 4,6 Millionen Euro davon würden wiederum auf die Stadt Worms entfallen.

Eine derart unverantwortliche Steuerpolitik legt die Axt an die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung, ein Teil der Städte und Kommunen steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden.

Wer damit wirklich ernst machen will, ist entweder völlig durchgeknallt oder plant schon insgeheim eine Netto-Lüge: Das was an Steuern auf der einen Seite sinkt, wird dann auf der anderen Seite mit steigenden Gebühren für Kindertagesstätten, Abwasser und Müllentsorgung und höheren Eintrittspreisen für Schwimmbäder und Kulturveranstaltungen wieder reingeholt.

Gekniffen sind dann auf jeden Fall die 40 Prozent der Bevölkerung, die gar keine Steuern zahlen, weil sie zu wenig verdienen. Sie zahlen dann so oder so drauf.

Zudem soll die Gewerbesteuer abgeschafft werden. Stattdessen will die FDP kommunale Hebesätze auf die Einkommenssteuer durchsetzen. Unternehmen aus der Verantwortung nehmen und das Geld bei den Bürgern wieder eintreiben - das ist Klientelpolitik nach der FDP-Methode.

Die komplette Rechnung für die Steuergeschenke will die schwarz-gelbe Bundesregierung erst nach der NRW-Wahl präsentieren.

Die FDP ist aber schon ein wenig damit rausgerückt, in welche Richtung die Reise gehen soll. In ihrem Steuerkonzept stellt sie die Steuerfreiheit der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge in Frage.

Die SPD im Bundestag hat vor zwei Wochen den Erhalt der steuerfreien Zuschläge zur namentlichen Abstimmung gestellt - die Schwarz-Gelben haben es abgelehnt. Damit sollte, gerade auch im Wahlkampf in NRW, jeder schwarz-gelbe Politiker vor Ort konfrontiert werden.

Die Kommunen bluten aus und die Normalverdiener zahlen drauf, nur damit die Spitzenverdiener weniger Steuern zahlen müssen. Nein, statt ungerechter Steuersenkungen brauchen wir vielmehr einen Rettungsschirm für unsere Kommunen. Das bedeutet zuallererst, dass die Bundesregierung dafür sorgen muss, dass die Städte und Gemeinden eine vollständige Kompensation für die Einnahmeausfälle durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhalten und die unverantwortlichen Steuerpläne in den Mülleimer kommen.

In unseren Städten und Gemeinden entscheidet sich jeden Tag konkret wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft funktioniert. Darum müssen wir alles dafür tun, dass die Kommunen nicht vor die Hunde gehen. Darum müssen wir sie vor der schwarz-gelben Bundesregierung retten.

Wir wollen einen Rettungsschirm für die Kommunen aufspannen und ihre Investitionsfähigkeit erhalten. Wir fordern eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger. Diese soll auf zwei Jahre befristet werden und einen Umfang von 400 Millionen Euro pro Jahr betragen. Schwarz-gelb will die Gewerbesteuer abschaffen. Wir fordern dagegen den Erhalt und den Ausbau der Gewerbesteuer, sie ist die Finanzbasis der Kommunen. Wir fordern von Schwarz-Gelb den Verzicht auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen.

Es ist schon erstaunlich wie schnell sich diese Bundesregierung in die Sackgasse manövriert hat. Schon nach den ersten 100 Tagen im Amt war klar: das wird nichts mehr. Mit Kopfpauschalen, ungerechten Steuersenkungen, ausgebluteten Kommunen und der Förderung von Hungerlöhnen ist eben kein Staat zu machen. Das sieht auch nicht nur die SPD so. Viele Bürgerinnen und Bürger wenden sich enttäuscht von dieser Regierung ab. Schwarz-Gelb ist nicht nur im Sinkflug, sondern befindet sich im Sturzflug!

Die SPD wird hart daran arbeiten, den Menschen eine überzeugende Alternative anzubieten. Mit der Regierungsverantwortung hat die SPD nicht das politische Verantwortungsbewusstsein mit abgegeben!

Uwe Franz  
Vorsitzender SPD Pfeddersheim